



Niederschrift

Sozialausschuss
7. März 2018, 17:30 Uhr
öffentlich
Großer Sitzungssaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: BM Martin Lenz
Protokollführerin: Silke Hauck

Teilnehmende (siehe Anwesenheitsliste)

öffentlicher Teil

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden. Er entschuldigt die Herren Stadträte Fostiropoulos (Die Linke) und Hermanns (SPD) sowie Herrn Pflaum (Caritasverband).

TOP 1 Jobcenter Stadt Karlsruhe – Jahresbilanz 2017 - Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Frei (Stellvertreterin von Herrn Zenkner) von der Agentur für Arbeit und den Geschäftsführer des Jobcenters Herrn Kölmel.

Herr Kölmel (Jobcenter) stellt dem Gremium die Jahresbilanz des Jobcenters vor. Er berichtet unter anderem, dass das Jobcenter Stadt Karlsruhe auf das erfolgreichste Jahr seit Einführung des SGB II zurückblicken könne. Mit einer Integrationsquote von über 32 Prozent belege man hier wieder einen der vordersten Plätze gegenüber anderen vergleichbaren Jobcentern in Baden-Württemberg. 63 Prozent der Vermittlungen bestanden auch ein halbes Jahr nach Beschäftigungsbeginn fort. Insgesamt erreichte die Zahl der beim Jobcenter als arbeitslos gemeldeten Personen im Dezember 2017 einen historischen Tiefstand mit 4.423 Personen. Im Jahr 2017 waren 2.276 Widerspruchsverfahren anhängig. Das Jobcenter hatte eine Abhilfequote von etwa 35 Prozent. Die Ausgaben für Unterkunft und Heizung seien seit längerer Zeit rückläufig. Hier wirke sich der Rückgang an Bedarfsgemeinschaften und erwerbsfähigen Leistungsberechtigten positiv aus. Die Verwendung der Eingliederungsleistungen erfolgte für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, mit dem Schwerpunkt auf Qualifizierung. Erfreulicherweise wurden durch die Stadt Karlsruhe wieder 600.000 Euro für das kommunale Arbeitslosenprogramm weiterbewilligt. 14 der daran teilnehmenden Menschen konnten im letzten Jahr in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gehen. Bei den ESF-Maßnahmen konnten 50 Kundinnen und Kunden mit finanzierten 40 bis 60 Prozent Lohnkosten in Beschäftigung gebracht werden. Als Schwerpunktthemen für 2018 benennt er: Verbesserung beim Übergang Schule – Beruf, Sicherung des Fachkräftebedarfs und Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Herr Kölmel antwortet auf Nachfrage von **Frau Stadträtin Fischer (SPD)**, wie viele Langzeitarbeitslose man im kommunalen Beschäftigungsprogramm zusätzlich unterbringen könnte, wenn der Gemeinderat die Mittel hierfür erhöhen würde, dass er glaube, nochmal die gleiche Anzahl wie bisher. Zu Ihrer Nachfrage hinsichtlich eines Arbeitsmarktprogramms der neuen Bundesregierung erklärt er, wenn dies erfolgen sollte, werde man hier relativ schnell in die Startlöcher kommen. Allerdings befürchte er, dass solche sozialen Arbeitsmarktprogramme in strukturschwache Gebiete gelegt werden.

Auf die Nachfrage von **Herrn Stadtrat Kalmbach (GfK)** zur Einschätzung von Seiten des Jobcenters hinsichtlich der fortschreitenden Digitalisierung, ob durch diesen Umbruch die Schwachen dann noch weniger mitkämen, teilt **Herr Kölmel** mit, dass er hinsichtlich des SGB II-Bereiches hier nicht ganz so schwarz sähe. Allerdings sei es auch hier so, dass unqualifizierte Menschen eher weniger Chancen haben unterzukommen. Deshalb bleibe Qualifizierung das A und O.

Zur Nachfrage von **Herrn Stadtrat Borner (GRÜNE)** zum Bildungs- und Teilhabepaket erklärt **Herr Kölmel**, dass hier Anfangs Schwierigkeiten bestanden hätten und man hinsichtlich dessen, was auf das Jobcenter zukam, nicht gut aufgestellt gewesen sei. Zwischenzeitlich arbeiten in diesem Bereich 10 Personen, und die Antragsbearbeitung gehe zügig. Über die Höhe der Mittel könne er nichts sagen, dies könne er aber nachreichen. Zu den Mitsprachemöglichkeiten im Beirat könne sicherlich ein hier anwesendes Mitglied des Beirates etwas sagen.

Herr Köhler (Caritasverband) teilt mit, die Vorlagen, die man im Beirat bekomme, seien sehr gut und würden diskutiert. Probleme aber bereite, dass man viele Mittel aus dem Leistungsbereich in den Verwaltungsbereich abschieben müsse. Hier stelle man fest, dass die vorliegenden Bemessungsgrundlagen einfach nicht richtig seien.

Herr Kölmel antwortet auf Einbringung von **Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE)**, dass der Anteil der 55-Jährigen und Älteren nicht gesunken sei, dass gerade für diese Personengruppe die Erhöhung des kommunalen Beschäftigungsprogramms eine gute Möglichkeit biete, nochmal Fuß zu fassen. Da dieses von den AFB betreut werde, könne hierzu sicher Frau Neumann etwas sagen.

Frau Neumann (AFB) teilt mit, dass man sich 14 Fälle angesehen habe und dabei eine interessante Spreizung festzustellen war. Zwei Jahre und länger im Programm dabei waren drei bis vier Personen, drei bis vier nur einen Monat. Schauen man sich hier aber die Vita derjenigen an, sehe man viele Brücken im Lebenslauf und, dass diese Personen endausgefördert waren. Überrascht habe sie, dass viele seriöse Firmen wie die Stadt Ettlingen, die Firma Bardusch, die Deutsche Bahn Stellen angeboten haben und die Personen alle befristet übernommen wurden. Spannend bleibe es nun, die Nachhaltigkeit des Ganzen zu sehen. Da man viele ältere Menschen in diesem Programm habe und der aktuell gemeldete Personenkreis sehr schwach sei, teile sie die Auffassung von Herrn Kölmel nicht, verdoppeln zu müssen. Die Abbruchquote liege bei 35 Prozent aus gesundheitlichen und psychischen Problemen. 10 Prozent der Teilnehmenden kämen immer wieder, dies zeichne das Programm aus.

Der Vorsitzende merkt an, hinsichtlich der gemeinsamen Zusammenarbeit von Kommune und Agentur mache Herr Kölmel als Chef des Jobcenters einen riesen Job. Er sei begeistert, vor allem hinsichtlich des bundesweiten Vergleichs und wie geräuschlos zwei solche Systeme zusammenfänden. Für den Beirat, den man hier freiwillig habe, danke er herzlich an der Stelle. Für die Kundinnen und Kunden wie sie beim Jobcenter genannt werden, von Seiten der Stadt Betroffene, sei es toll, dass das Jobcenter die Lebenslagen mit berücksichtige.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Jahresbilanz 2017 zur Kenntnis.

TOP 1 ist damit beendet.

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Zur Beurkundung:

Gesehen und genehmigt:


Martin Lenz
Bürgermeister
9.4.18 

Die Schriftführerin:


Silke Hauck

Beschluss:

1. Verteiler per Post an:
 - Dez. 1
 - Dez. 3
2. Eingescanntes Protokoll per E-Mail an:
 - RPA
 - StK
 - ZJD
 - POA
 - Dir. SJB/Fr. Langeneckert
 - HAV/Herr Lindorf
 - SAL/Herr Dietz
 - Personalwesen - OE/Frau Schuhmacher
 - Jobcenter, Herr Krause
3. Hauptamt/Ratsangelegenheiten per E-Mail: ratsangelegenheiten@ha.karlsruhe.de
4. Hauptregistratur per E-Mail: reiner.ewald@ha.karlsruhe.de
5. Z. d. A. (416.135)